S 11 KR 414/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 11.
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 11 KR 414/21 Datum 13.01.2022

2. Instanz

Aktenzeichen L 11 KR 456/22 Datum 19.09.2023

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Heilbronn vom 13.01.2022 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Die KlĤgerin begehrt mit ihrer Klage verschiedene gerichtliche Feststellungen.

Die 1955 geborene KlĤgerin ist seit dem 01.01.2005 als Bezieherin von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) bei der Beklagten gesetzlich krankenversichert. Sie ist ausgebildete Zahnarzthelferin und war in diesem Beruf bis zum 31.05.1979 tĤtig. In der Zeit vom 01.09.1979 bis 30.04.1995 war die KlĤgerin, unterbrochen von einer Zeit der Arbeitslosigkeit von Januar 1982 bis zum 13.10.1985, mit BļrotĤtigkeiten beschĤftigt. Seitdem ist sie dauerhaft arbeitslos. Die KlĤgerin fļhrte bereits zahlreiche gerichtliche Verfahren gegen verschiedene VersicherungstrĤger wegen verschiedener von ihr vorgetragener Erkrankungen und Beschwerden, welche sie auf einen Quecksilberunfall wĤhrend

ihrer Tätigkeit in einer Zahnarztpraxis zurückführt (wobei die Anerkennung einer Berufskrankheit nach Nr. 1102 [Erkrankungen durch Quecksilber oder seine Verbindungen] mangels Nachweises eines solchen Unfalls nicht erfolgte, vgl. Urteil des Landessozialgerichts [LSG] Baden-Württemberg vom 19.06.2008, Aktenzeichen LÂ 6 U 1540/06).

Mit Schreiben vom 13.06.2019 und 22.06.2019 wandte sich die KlĤgerin an die Beklagte und bat um Nachweise, dass im Leistungskatalog der Krankenkasse vor 1992 Abrechnungspositionen zur Abrechnung von Positionen für Untersuchungen und Therapien von Schwermetallbelastungen vorhanden gewesen und dass diese nach 1992 aus dem Leistungskatalog der Krankenkasse herausgenommen worden seien.

Die Beklagte teilte der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gerin daraufhin mit Schreiben vom 18.06.2019 mit, dass sie keine Nachweise \tilde{A} 1 4 ber Abrechnungspositionen vor dem Jahr 1992 bez \tilde{A} 1 4 glich der Untersuchungen von Belastungen auf Schwermetallen habe. Sie k \tilde{A} 4 nne sich hierf \tilde{A} 1 4 r ggfs. an die Kassen \tilde{A} $^{\mu}$ rztliche Vereinigung wenden.

Am 10.02.2021 hat die Klägerin Klage beim Sozialgericht Heilbronn (SG) erhoben und wortwörtlich beantragt, festzustellen:

â∏Dass die Beklagte, B1, zuständig ist für Positionen zur Abrechnung des Arzt Gespräches zur Klärung der Untersuchungen auf Schwermetalle aus meiner früheren medizinischen Tätigkeit in der Praxis und andere Belastung und deren Behandlung.

Dass die Beklagte, B1, in ihren gesetzlichen Kassenleistungen die Schwermetalle, Leichtmetalle und andere Belastungen bis 1992 zu akuten Belastungen an ArbeitsplĤtzen und chronische Belastungen bis 1992 als Positionen zu Abrechnung des Arzt GesprĤches enthielt. Nach 1992 bis heute im Leistungskatalog Positionen zur Abrechnung des Arzt GesprĤches fýr chronische Belastungen von Schwermetallen und anderen Belastungen nicht mehr enthĤlt. Dass in Folge auch Positionen zu Labor Untersuchungen + Therapie dazu nicht enthalten sind.â∏∏

Zur Begründung hat sie ausgeführt, es bestehe ein berechtigtes Interesse auf baldige Feststellung, da die Klage dazu dienen solle, eine Klage vor einem ordentlichen Gericht zu erheben. Als Mitglied der Beklagten habe sie einen Rechtsanspruch auf eine klare und konkrete Auskunft, ob die benötigten Leistungen im Katalog der Krankenkasse enthalten seien. Hintergrund sei ein Schreiben des Jobcenters H1, in welchem dieses ausführe, dass die von ihr benötigten Untersuchungen im Beitrag der Krankenkasse enthalten seien. Der Leistungskatalog der Beklagten habe bei akuten und chronischen Belastungen an Arbeitsplätzen bis 1992 Positionen zur Abrechnung von Arztgesprächen zur Klärung und Belastung von Schwermetallen enthalten, die der Leistungskatalog nun nicht mehr enthalte, weshalb die Laboruntersuchungen und Therapien hierzu auch nicht mehr enthalten seien. Die Klägerin hat zudem beantragt, ein gerichtliches Beweissicherungsverfahren zu führen. Ihr sei aus einem Gespräch mit dem Ministerium und der Kassenärztlichen Vereinigung bekannt, dass ohne

Anerkennung der Berufskrankheit seit 1992 für Folgeschäden, Auswirkungen und Nachschäden durch die Quecksilberbelastung an ihrem Arbeitsplatz die Krankenkasse für die medizinischen Untersuchungen und Therapien nicht mehr zuständig sei. Weiter hat sie beantragt, ihr zwei getrennte Ausdrucke von 1992 der gesetzlichen Unfallversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung schriftlich zur Verfþgung zu stellen.

Die Beklagte ist der Klage entgegengetreten. Die Klage sei unzulÄxssig, da weder erkennbar sei, dass der Gegenstand der begehrten Feststellung unter <u>§ 55</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) falle, noch, dass ein berechtigtes Feststellungsinteresse bestehe. Soweit die KlÄxgerin mit ihrer Klage Untersuchungen oder Behandlungen begehre, sei die Feststellungsklage gegenĽber der Gestaltungs- und Leistungsklage subsidiÄxr.

Das SG hat die Klage mit Gerichtsbescheid vom 13.01.2022 abgewiesen. Die erhobene Feststellungsklage sei unzulÄxssig. Soweit die KlÄxgerin die Feststellung durch das Gericht begehre, dass die Beklagte fýr Positionen zur Abrechnung von ArztgesprĤchen aufgrund von Schwermetallbelastungen zustĤndig sei, sei die Klage mangels eines zuvor durchgefÃ1/4hrten Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren unzulĤssig. Soweit die KlĤgerin die gerichtliche Feststellung begehre, im Leistungskatalog der Beklagten seien bis 1992 Positionen zur Abrechnung von ArztgesprĤchen aufgrund von Schwermetallbelastungen enthalten gewesen und seit 1992 nicht mehr enthalten, sei die Klage aufgrund eines fehlenden konkreten feststellbaren RechtsverhĤltnisses unzulĤssig. Es fehle au̸erdem an einem erforderlichen Feststellungsinteresse der Klägerin. GemäÃ∏ <u>§ 55 Abs. 1 Nr. 2 SGG</u> könne die Feststellung, welcher VersicherungstrĤger der Sozialversicherung zustĤndig sei, begehrt werden. Die Feststellungklage erfordere grundsÄxtzlich eine vorherige Verwaltungsentscheidung und die gegen sie gerichtete Anfechtungsklage. Regelfall sei also eine kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage, nur in dieser Kombination sei die Feststellungsklage im Regelfall zulÄxssig. Die KlÄxgerin habe vor Erhebung der Klage weder ein Verwaltungs- noch ein Widerspruchsverfahren durchgeführt, die Beklagte sei nicht zuvor mit der Frage ihrer ZustĤndigkeit fļr Positionen zur Abrechnung von ArztgesprÄxchen durch die KlÄxgerin befasst worden. Eine Entscheidung der Beklagten hierzu, insbesondere in Form eines feststellenden Verwaltungsaktes, gebe es nicht. Eine Ausnahme von dem Erfordernis eines durchgeführten Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren liege nicht vor. So sei eine Feststellungsklage dann ausnahmsweise zuläxssig, wenn es der Kläxgerin nicht zuzumuten wäre, die Entscheidung der Behä¶rde zunärchst abzuwarten. FÃ1/4r eine Unzumutbarkeit einer Vorbefassung der Beklagten seien vorliegend jedoch keine Gründe ersichtlich. Mit der Feststellung, dass und ob gewisse Leistungen im Leistungskatalog der Beklagten vor 1992 vorhanden gewesen und nun nicht mehr vom Leistungskatalog umfasst seien, beantrage die KlĤgerin die Feststellung einer abstrakten Rechtsfrage, weshalb die Klage diesbezüglich ebenfalls unzul\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\) ssig sei. Gem\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{S}\) \(\tilde{5}\) Abs. 1 Nr. 1 SGG k\(\tilde{A}\)\(\tilde{n}\) nne mit der Klage die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines RechtsverhĤltnisses begehrt werden. Unter einem Rechtsverhäultnis verstehe man die Rechtsbeziehung zwischen Personen oder zwischen Personen und GegenstĤnden, die sich aus

einem Sachverhalt aufgrund einer Norm für das Verhältnis mehrerer Personen untereinander oder einer Person zu einer Sache ergebe. Eine Feststellungsklage sei nur zulĤssig, wenn ein konkretes RechtsverhĤltnis in Streit stehe, also konkrete Rechte in Anspruch genommen oder bestritten würden, wenn also die Anwendung einer Norm auf einen konkreten, bereits übersehbaren Sachverhalt streitig sei. Zur KlĤrung abstrakter Rechtsfragen dürften Gerichte nicht angerufen werden. Die KlĤgerin begehre die Feststellung reiner Rechtsfragen ohne einen erkennbaren nahen unmittelbaren Zusammenhang zwischen ihr und der Beklagten. Die von der KlĤgerin begehrte Feststellung ziele nicht auf die Feststellung von Rechten und Pflichten aus einem konkret erkennbaren RechtsverhÄxltnis ab; sie benenne keinen ausreichend konkreten Sachverhalt, der Anlass geben kA¶nnte, die von ihr aufgeworfenen Fragen im Wege der Feststellungsklage zu klägren. Ohne Darlegung eines solchen konkreten Sachverhaltes begehre die KlĤgerin aber nicht die Feststellung von Rechten und Pflichten aus einem RechtsverhĤltnis, vielmehr laufe ihr Begehren auf die gewünschte Beantwortung einer abstrakten Rechtsfrage hinaus. Demzufolge wolle sie hier lediglich abstrakt geklÄxrt wissen, ob bestimmte Leistungen im Leistungskatalog der Beklagten vor 1992 vorhanden gewesen und danach nicht mehr im Leistungskatalog aufgefA1/4hrt seien. Ein solches Begehren kA¶nne nicht mit der gerichtlichen Feststellungsklage verfolgt werden. Auch kA¶nne das Gericht kein Feststellungsinteresse erkennen. Sofern die KIägerin die Feststellung begehre, dass Positionen zur Abrechnung von ArztgesprĤchen zur AbklĤrung von Schwermetallbelastungen im Leistungskatalog der Krankenkasse vor 1992 enthalten gewesen seien, dýrfte es sich ohnehin um ein vergangenes und beendetes RechtsverhÄxltnis handeln, insbesondere, da die KIägerin erst seit dem Jahr 2005 bei der Beklagten krankenversichert sei. Ein qualifiziertes Feststellungsinteresse könne das Gericht hierfür nicht erkennen. Sofern die KlĤgerin die Feststellung begehre, dass nach 1992 im Leistungskatalog der Krankenkasse solche Leistungen nicht mehr enthalten seien, weil sie diesbezüglich möglicherweise einen Anspruch auf diese Leistungen in Zukunft geltend machen wolle, fehle ihr für die Feststellung dieses etwaigen künftigen RechtsverhĤltnisses und der daher dann vorbeugenden Feststellungsklage ebenfalls ein besonderes Feststellungsinteresse. Der KlĤgerin sei ein Abwarten einer Entscheidung der Beklagten zu einer konkret von ihr beantragten Leistung zumutbar. Die AntrĤge der KlĤgerin hinsichtlich eines Beweissicherungsverfahrens seien, sofern sie überhaupt die inhaltliche Qualität eines Antrages auf ein Beweissicherungsverfahren erreichten, jedenfalls unzulÃxssig. Nach <u>§ 76 Abs. 1 SGG</u> könne auf Gesuch eines Beteiligten die Einnahme des Augenscheins und die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zur Sicherung des Beweises angeordnet werden, wenn zu besorgen sei, dass das Beweismittel verlorengehe oder seine Benutzung erschwert werde, oder wenn der gegenwÄxrtige Zustand einer Person oder einer Sache festgestellt werden soll und der Antragsteller ein berechtigtes Interesse an dieser Feststellung habe. Gemäà A AS AS AS GG gölten für das Verfahren die ÂSÂS 487, 490 bis 494 der Zivilprozessordnung (ZPO) entsprechend. Den AusfÄ¹/₄hrungen der KlAzgerin sei weder zu entnehmen, fA1/4r welches Beweismittel sie ein Beweissicherungsverfahren beantrage, noch in wie weit zu besorgen sei, dass dieses Beweismittel verlorengehe oder seine Benutzung erschwert würde. Das Begehren der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) gerin erf\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)lle nicht die Voraussetzungen des \(\tilde{A}\)\(\tilde{8}\) 76 SGG, der

Antrag auf ein Beweissicherungsverfahren sei daher abzulehnen. Soweit die Klägerin für sich â∏Amtshilfeâ∏ des Sozialgerichts hinsichtlich der Ã∏bermittlung von Gesetzesauszügen fordere, sei dieser Antrag unzulässig. Amtshilfe könne nur direkt zwischen Behörden oder Gerichten erfolgen, vgl. § 5 SGG bzw. §Â 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X). Die Klägerin sei jedoch Naturpartei und keine Behörde im Gesetzesinne.

Hiergegen (sowie gegen die weiteren Entscheidungen des SG in den Verfahren <u>S 11</u> KR 415/21, S 11 KR 416/21, S 11 KR 587/21, S 11 KR 588/21, S 11 KR 589/21, S 11 KR 590/21, S 11 KR 591/21, S 11 KR 592/21, S 11 KR 593/21, S 11 KR 594/21, S 11 KR 595/21, S 11 KR 596/21, S 11 KR 597/21, S 11 KR 613/21, S 11 KR 628/21 und S 11 KR 629/21) hat die KlĤgerin am 19.02.2022 Berufung beim Landessozialgericht Baden-Württemberg eingelegt und zur Begründung (sämtlicher soeben angeführter Berufungen) ausgeführt, es handele sich â∏nur um eine gesamte Klage, die in kleine Teilbereiche gestellt wurdeâ∏. Sie habe keine Anerkennung ihrer Berufskrankheit. Daher benĶtige sie einzelne Bescheinigungen der Krankenkasse, dass die genannten Leistungen im Katalog der Beklagten enthalten seien. Auch für Arztgespräche ohne Abrechnungsnummern dürften Ã∏rzte privates Honorar fordern. Sie mýsse bei den Sozialträgern den Nachweis erbringen, dass die Krankenkasse die FolgeschĤden der Intoxikation nicht erbringe. Sie erhalte nicht die benĶtigten Behandlungen fļr FolgeschĤden. Diese seien nach Auskunft ihres betreuenden Arztes nicht über sein Budget abrechenbar. Das SG habe keine Ermittlungen bei der Beklagten durchgefA¼hrt. Es bestehe ein Feststellungsinteresse. Sie habe bereits Verwaltungsverfahren durchgeführt, insbesondere auf Zahnersatz. Zudem habe sie 2019 und 2022 Anträge gestellt. Auch habe die Beklagte keine Verwaltungsbescheide ausgestellt, so dass sie keine Anfechtungsklage habe erheben kA¶nnen. Sie begehre die gerichtliche Feststellung, um über den Zivilprozess ihre Behandlung zu sichern. Es bestehe auch ein konkretes RechtsverhÄxltnis mit der Beklagten, da ihr kein Arzt für die Folgeschäden zur Verfügung stehe. Es gehe somit nicht um abstrakte Rechtsfragen. Auch bestehe ein Beweissicherungsinteresse.

 $\hat{a} \square \square 1$. alle Gerichtsbescheide des SG HN zur B1, Beklagte, welche als Anlage auf Seite 2 genannt werden aufzuheben,

- 2. an das Sozialgericht zurĹ/4ckzuweisen,
- 3. das Feststellungs-Interesse anzuweisen,
- 4. dass das Sozialgericht HN Amtshilfe erbringt,
- 5. damit die endgültige Feststellung des zuständigen Trägers festgestellt wird und
- 6. wer in Zukunft die medizinische Versorgung der FolgeschĤden der Intoxikation mit Auswirkungen und NachschĤden ohne vorhandene Anerkennung der Berufskrankheit trĤgt bzw. zustĤndig ist, endgÃ⅓ltig zu klären.â□□

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurýckzuweisen.

Zur Begrýndung hat sie auf die angefochtene Entscheidung verwiesen.

Die frühere Berichterstatterin des Senats hat in dem Verfahren (sowie in den Parallelverfahren L 11 KR 457/22 bis 472/22) am 25.04.2022 einen Erörterungstermin durchgeführt, in welchem die Klägerin zahlreiche Unterlagen vorgelegt hat. BezÃ⅓glich der Einzelheiten wird auf das Protokoll auf Bl. 107 ff. der Senatsakte verwiesen. Zudem hat die Klägerin in ihren Schreiben vom 08.07.2022, 05.09.2022, 07.09.2023, 09.09.2023, 10.09.2023, 11.09.2023, 12.09.2023, 14.09.2023, 15.09.2023 und 16.09.2023 weitere AusfÃ⅓hrungen zum Sachverhalt gemacht.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Rechtsstreits wird auf die Gerichtsakten beider Instanzen sowie die Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

Die Berufung der KlĤgerin bleibt ohne Erfolg.

- I. Die gemÃxÃxÃxÃxÃx4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) statthafte und gemÃxÃxÃx4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) statthafte und gemÃxÃx4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) statthafte und gemÃx4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) statthafte und gemÃx5 As a large special statthafte und gemÃx5 Sozialgerichtsgesetz (SGG) statthafte und gemÃx5 As a large special statthafte und gemÃx6 As a large special statthafte und gemÃx7 As a large special statthafte und gemÃx8 As a large special statthafte und gemÃx9 As
- II. StreitgegenstĤndlich ist im Berufungsverfahren allein der von der KlĤgerin in dieser Instanz gestellte â∏ zuletzt in der mündlichen Verhandlung wiederholte â∏ Antrag, welchen die Klägerin wortgleich für alle siebzehn parallelen Verfahren formuliert hat und mit dem sie â∏ nach sachgerechter Auslegung ihres Begehrens â∏ eine Aufhebung der Gerichtsbescheide des Sozialgerichts Heilbronn, die Zurückverweisung der Verfahren an das Sozialgericht Heilbronn, die â∏Anweisungâ∏ des Feststellungsinteresses sowie die Verpflichtung des Sozialgerichts Heilbronn zur Erbringung von Amtshilfe zur endgültigen Feststellung des zuständigen Trägers der zukünftigen medizinischen Versorgung von Folgeschäden durch Intoxikation bei fehlender Anerkennung einer Berufskrankheit begehrt.
- III. Die Berufung der KlĤgerin ist unbegründet. Das SG hat die Klage zu Recht als unzulässig abgewiesen. Deshalb kommt auch eine Zurückverweisung des Verfahrens an das SG nicht in Betracht.

Nach <u>ŧ 159 Abs. 1 SGG</u> kann das LSG die angefochtene Entscheidung durch Urteil aufheben und die Sache an die erste Instanz zurĽckverweisen, wenn dieses die Klage abgewiesen hat, ohne in der Sache selbst zu entscheiden (Nr. 1) oder das Verfahren an einem wesentlichen Mangel leidet und auf Grund dieses Mangels eine umfangreiche und aufwĤndige Beweisaufnahme notwendig ist (Nr. 2). Die Tatbestandsvoraussetzungen fĽr eine fakultative Zurļckweisung im Sinne der Nr. 1 sind erfļllt, wenn das Sozialgericht zu Unrecht nicht in der Sache entschieden hat, also dann, wenn es ein Prozessurteil gefĤllt, d.h. die Klage als unzulĤssig abgewiesen hat. Ein Verfahrensmangel im Sinne der Nr. 2 liegt vor, wenn das Sozialgericht gegen eine das Gerichtsverfahren regelnde Vorschrift

versto̸en hat.

Diese Voraussetzungen sind vorliegend nicht erfüllt, da das SG die Feststellungsklage der Klägerin zu Recht als unzulässig abgewiesen hat. Auch ein Verfahrensmangel ist nicht ersichtlich.

Mit einer Feststellungsklage kann nach <u>§ 55 Abs. 1 SGG</u> begehrt werden

- 1. die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines RechtsverhĤltnisses,
- 2. die Feststellung, welcher VersicherungstrĤger der Sozialversicherung zustĤndig ist,
- 3. die Feststellung, ob eine GesundheitsstĶrung oder der Tod die Folge eines Arbeitsunfalls, einer Berufskrankheit oder einer SchĤdigung im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes ist,
- 4. die Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsakts, wenn der KlĤger ein berechtigtes Interesse an der baldigen Feststellung hat.

Bei dem in § 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG genannten Rechtsverhältnis muss es sich in der Regel um ein Ķffentlich-rechtliches handeln. Darunter versteht man die Rechtsbeziehungen zwischen mehreren Personen oder zwischen Personen und Sachen, die sich aus der Anwendung einer Rechtsnorm auf das VerhĤltnis von mehreren Personen zueinander oder auf das VerhAxltnis einer Person zu einer Sache ergeben. Eine Feststellungsklage ist nur zulÄxssig, wenn konkrete Rechte in Anspruch genommen oder bestritten werden, wenn also die Anwendung einer Norm auf einen konkreten, bereits ýbersehbaren Sachverhalt streitig ist (Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG 13. Aufl. 2020, § 55 Rn. 5). Die KlĤrung abstrakter Rechtsfragen ohne Bezug zu einem konkreten Sachverhalt kann nicht mit der Feststellungsklage verfolgt werden. Kein feststellungsfĤhiges RechtsverhĤltnis ist somit die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Auskunft zu einer abstrakten Rechtsfrage (Scholz, in: BeckOGK 01.05.2023, SGG § 55 Rn. 34). Unabhängig von der Verdichtung und Konkretisierung eines Rechtsverhältnisses ist dieses auch nur dann feststellungsfÄxhig, wenn zwischen den Beteiligten ein Meinungsstreit besteht, aus dem heraus sich eine Seite berļhmt, ein bestimmtes Tun oder Unterlassen der anderen Seite fordern zu kA¶nnen (BSG 09.02.1995, 7 RAr 78/93, SozR 3-4427 § 5 Nr. 1, SozR 3-1500 § 55 Nr. 21, Rn. 26).

Die ZustĤndigkeitsklage in <u>§ 55 Abs. 1 Nr. 2 SGG</u> wird schon durch Nr. 1 erfasst und hat lediglich klarstellende Funktion. Auch hier geht es stets um die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines RechtsverhĤltnisses zwischen dem KlĤger und dem Beklagten (Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG 13. Aufl. 2020 § 55 Rn. 12; Scholz, in: BeckOGK 01.05.2023, <u>SGG § 55</u> Rn. 43).

Vorliegend fehlt es für die von der Klägerin in der ersten Instanz gestellten Feststellungsanträge bereits an einem feststellungsfähigen Rechtsverhältnis. Die Klägerin begehrt vorliegend, festzustellen, dass die Beklagte für Positionen zur Abrechnung eines Arztgespräches zur Klärung der Untersuchungen auf Schwermetalle aus ihrer früheren medizinischen Tätigkeit in der Praxis und andere Belastungen und deren Behandlung zuständig sei, sowie festzustellen,

dass der Leistungskatalog der Beklagten bis 1992 bestimmte Positionen zur Abrechnung eines Arztgespr \tilde{A} ches f \tilde{A} akute und chronische Belastungen mit Schwer- und Leichtmetallen enthalten habe und nun nicht mehr enthalte und demzufolge auch Positionen zu Laboruntersuchungen und Therapien hierf \tilde{A} nicht mehr enthalten seien.

Im Hinblick auf den ersten Feststellungsantrag der Klägerin erschlieÃ∏t sich bereits nicht, woraus sich eine â∏Zuständigkeitâ∏ der Beklagten für die Abrechnung eines ArztgesprĤches überhaupt ergeben soll. Die Abrechnung von Gebührenpositionen durch den behandelnden Arzt nimmt dieser nach der Geb $\tilde{A}^{1/4}$ hrenordnung f $\tilde{A}^{1/4}$ r $\tilde{A} \square$ rzte vor (GO $\tilde{A} \square$), einer von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates erlassenen Rechtsverordnung, vor. Hierfür sieht die GO̸ unter B.I. Gebühren für allgemeine Beratungen und Untersuchungen, unter B.II. ZuschlĤge zu Beratungen und Untersuchungen nach Nummer 1, 3, 4, 5, 6, 7 oder 8 und unter B.III. Spezielle Beratungen und Untersuchungen vor. Eine Rechtsbeziehung zwischen der KlÄzgerin und der Beklagten, welche Gebührenposition ihr behandelnder Arzt für ein Gespräch abrechnen kann oder darf, betrifft weder das RechtsverhÄxltnis zwischen den hier Beteiligten noch darüber hinaus eine konkrete Rechtsfrage. Denn die von ihr begehrte Feststellung bezieht sich auf eine unbestimmte und nicht bestimmbare Anzahl von FÄxllen und hat einen unbestimmten inhaltlichen Umfang; ihr fehlt mithin die erforderliche Beziehung zu einem konkreten Sachverhalt, der allein in der Lage wĤre, ein feststellbares RechtsverhÃxltnis zu umgrenzen (BSG 13.11.1974, 6 RKa 35/73, SozR 2200 § 368e Nr. 1, Rn. 11).

Auch der weitere Feststellungsantrag über den Inhalt des Leistungskatalogs der Beklagten vor und nach 1992 zu Abrechnungspositionen des Arztgespräches betrifft eine solche abstrakte Rechtsfrage ohne konkreten Bezug zu einem konkreten Sachverhalt. Auch erschlieÃ□t sich dem Senat nicht, inwieweit die Feststellung, dass bestimmte Positionen nicht mehr im Leistungskatalog der Beklagten enthalten seien, der Klägerin zu einem konkreten Anspruch verhelfen soll.

Mangels feststellungsf \tilde{A} ¤higen Rechtsverh \tilde{A} ¤ltnisses kommt es auf das Vorliegen der \tilde{A} ½brigen Voraussetzungen \hat{a} vorher durchgef \tilde{A} ¼hrtes Verwaltungsverfahren, besonderes Feststellungsinteresse \hat{a} nicht mehr an, so dass sich weitere Ausf \tilde{A} ¼hrungen hierzu er \tilde{A} ½brigen.

Im Hinblick auf den von der Kl \tilde{A} ¤gerin gestellten Antrag, das Sozialgericht Heilbronn zur Amtshilfe zu verpflichten, wird auf die zutreffende Begr \tilde{A} ½ndung des SG verwiesen, wonach eine solche nur zwischen Beh \tilde{A} ¶rden oder Gerichten vorgesehen ist, und im \tilde{A} \Box brigen von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgr \tilde{A} ½nde gem \tilde{A} ¤ \tilde{A} \Box \tilde{A} \Diamond 153 Abs. 2 SGG abgesehen.

IV. Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

V. Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor (§ 160 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGG).

Erstellt am: 15.05.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024